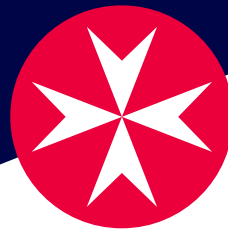




JOHANNITER



Handreichung

zum Umgang mit demokratiefeindlichen Organisationen, Parteien und Personen

Januar 2026

zweite aktualisierte und erweiterte Version

Aus Liebe zum Leben

Vorwort

Für uns Johanniter ist die unverrückbare Grundlage unseres Handelns unser christliches Menschenbild. So steht es in unserem [Leitbild](#) und so spiegelt es unser Slogan „Aus Liebe zum Leben“ wider. Daher lehnt die Johanniter-Unfall-Hilfe jede Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab. Diese grundlegende Haltung wird mit der [Potsdamer Erklärung gegen Rechtsextremismus](#) noch einmal unterstrichen, zu der sich Präsidium, Bundesvorstand und Landesvorstände bekennen.

Mit Sorge beobachten auch wir den zunehmend aufgeheizten und polarisierten gesellschaftlichen Diskurs. Eine besondere Gefahr für unsere Demokratie geht aktuell von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften aus. Mit bewusst provozierenden, diskriminierenden und bis hin zu eindeutig

„Die Tätigkeit der Johanniter ist ausgerichtet auf Miteinander statt Gegeneinander, Nächstenliebe statt Egoismus, Vielfalt statt Einfalt, Toleranz statt Intoleranz, Integration statt Ausgrenzung. Rechtsextreme, rechtspopulistische und ausgrenzende Positionen stehen im Widerspruch zu unserem Leitbild und unserem christlichen Weltbild. Wir treten jeder Form von Ausgrenzung, Diskriminierung und extremistischen Positionen klar und mutig entgegen.“

Potsdamer Erklärung (2024)

„Im Mittelpunkt unseres täglichen Handelns stehen Menschen, die unserer Unterstützung bedürfen. Unsere Hilfe richtet sich an alle Menschen gleich welcher Religion, Nationalität und Kultur. Sie gilt den Hilfebedürftigen auch in geistiger und seelischer Not.“

Leitbild der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

falschen Aussagen verschaffen sie sich Gehör: im Internet, in Alltagssituationen und in den Parlamenten. Nicht selten richten sich diese Aussagen gegen Menschen die von Armut betroffen sind, eine Behinderung oder eine Migrationsbiografie haben. Diese Menschen sind, egal ob als Mitarbeitende, ehrenamtlich engagierte oder betreute Personen, Teil der Johanniter-Familie.

Mit dieser Handreichung, die zunächst einige grundsätzliche Hinweise enthält und sich dann auf Praxisbeispiele und Handlungsempfehlungen für die politische Arbeit der Johanniter fokussiert, möchten wir unsere Mitarbeitenden und Helfenden dabei unterstützen, in ihrer Arbeitspraxis einen Umgang mit Parteien und Organisationen aus dem populistischen und extremistischen Spektrum zu finden.

Wir danken den vielen Menschen in unserer Johanniter-Gemeinschaft, die sich für ein menschliches und offenes Miteinander und das Fortbestehen unserer demokratischen Werte einsetzen.

Berlin, im Januar 2026


Volker Bescht


Thomas Männert


Oliver Meermann

Inhaltsverzeichnis

Begriffserklärungen	4
Demokratiefeindlichkeit	4
Extremismus	4
Rechtsextremismus	4
Verfassungsfeindlichkeit	4
Populismus	5
Diskriminierung	5
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	5
Grundsätzliche Handlungsempfehlungen	6
Für ein aktives und konsequentes „Hinsehen“ in den Verbänden	6
Handlungsempfehlung für Mitarbeitende und Helfende	6
Handlungsempfehlung für haupt- und ehrenamtliche Führungskräfte	6
Handlungsempfehlungen für die politische Arbeit und Kommunikation	7
Politische Anfragen	7
Veranstaltungen und Besuche	7
Wahlprüfsteine	9
Beteiligung an Demonstrationen und Bündnissen für Vielfalt und Demokratie	9
Sanitätsdienste	10
Erste-Hilfe-Kurse	10
Spenden	10
Fördermitglieder	11
Social Media	11
Empfehlungen zum Weiterlesen	13
Demokratieförderprogramme des Bundes	13
Quellen	14

Begriffserklärungen

Im Folgenden werden einige zentrale Begriffe, die in dieser Handreichung verwendet werden, kurz erläutert.

Demokratiefeindlichkeit

„Demokratiefeindlichkeit bedeutet Propaganda gegen Bausteine der Demokratie, wie Menschenrechte, Gleichheit, Volkssouveränität, Gewaltenteilung und Freiheit“, so die Amadeu Antonio Stiftung (2023). Demokratiefeindlichkeit ist als Sammelbegriff zu verstehen: „Menschen- und Demokratiefeindlichkeit hat viele Gesichter: Sie reicht von Rechtsextremismus über Antisemitismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit, islamistischen Extremismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie Antiziganismus bis zu linkem Extremismus“ (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend o.D.).

Extremismus

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) bezeichnet „Bestrebungen, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte, seine Normen und Regeln ablehnen“ als extremistisch (vgl. BMI 2023a). Präzente Formen von Extremismus in Deutschland sind der Rechts- und Linksextremismus sowie der Islamismus (vgl. BMI 2023b).

Rechtsextremismus

Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz (2024a) ist der Rechtsextremismus in Deutschland kein einheitliches Phänomen: „Rassistische, antisemitische und nationalistische Ideologeelemente treten in verschiedenen Ausprägungen auf. Eine Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und damit einhergehend die Ablehnung des Gleichheitsprinzips der Menschen sind jedoch bei allen Rechtsextremisten festzustellen“ (vgl. ebd.). Seit Jahren vermerkt die Kriminalstatistik eine wachsende Zahl an rechtsextremen Straftaten in Deutschland (vgl. BMI 2023a). Zudem ist mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine offen rechtsextreme Partei auf Bundes- und Landesebene etabliert. Die AfD wurde 2017 erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt und wird seit 2021 vom Verfassungsschutz als „extremistischer Verdachtsfall“ eingestuft (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2022). Diese Einstufung wurde seitens des Bundesverwaltungsgerichts im Juli 2025 als rechtskräftig bestätigt (vgl. Bundesverwaltungsgericht 2025). Im Mai 2025 hat der Bundesverfassungsschutz die AfD darüber hinaus als „gesichert rechtsextreme Bestrebung“ eingestuft, hierzu läuft das Gerichtsverfahren noch. Bis zu einem rechtskräftigen Urteil bezeichnet der Bundesverfassungsschutz die AfD weiterhin als extremistischen Verdachtsfall.

„Unterschiedliche politische Einstellungen und Kontroversen sind Teil einer lebendigen Demokratie. Angriffe auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung, den Rechtsstaat und die Menschenwürde – auch in verbaler Form – werden wir nicht hinnehmen. Wir verurteilen jede Form von Extremismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit!“

Gemeinsame Erklärung für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft (2024)

Verfassungsfeindlichkeit

Das Bundesamt für Verfassungsschutz definiert „politische Aktivitäten, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen“ als verfassungsfeindlich (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2024b).

Populismus

Die Definition des Begriffs Populismus ist unscharf und daher wissenschaftlich umstritten. Das Wort stammt vom lateinischen Wort „populus“ ab und meint laut der Bundeszentrale für politische Bildung (o.D.) eine politische Haltung, in der die Abgrenzung eines guten, tugendhaften Volkes von einer korrupten, selbstsüchtigen Elite zentral ist. Komplexe politische Fragen werden durch populistische Aussagen bewusst verkürzt und emotionalisiert. *„Populisten behaupten, das Volk wäre eine homogene Einheit, obwohl wir eine vielfältige Gesellschaft sind. Sie behaupten, den „einzig richtigen Volkswillen“ zu kennen“* (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2023).

Diskriminierung

In Deutschland sind Menschen durch das [Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz \(AGG\)](#) vor Diskriminierung bzw. Benachteiligung aus rassistischen Gründen oder wegen der ethnischen Herkunft, aufgrund des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des jungen und alten Lebensalters oder der sexuellen Identität geschützt: *„Jede Form einer weniger günstigen Behandlung ist eine Benachteiligung. Dabei kommt es nicht darauf an, dass die Benachteiligung vorsätzlich oder in böswilliger Absicht geschieht. Entscheidend ist der nachteilige Effekt, der bei den Betroffenen durch die Ungleichbehandlung entsteht“* (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2024).

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschreibt *„abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe“* (Bundeszentrale für politische Bildung, 2015), die im Kern auf einer Ideologie der Ungleichheit fußen. Dazu zählen unter anderem antisemitische, islamfeindliche, rassistische oder sexistische Einstellungen (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg o.D.).

Grundsätzliche Handlungsempfehlungen

Für ein aktives und konsequentes „Hinsehen“ in den Verbänden

Häufig scheuen wir im beruflichen oder ehrenamtlichen Umfeld Diskussionen zu politischen Themen. Wir möchten Sie ermutigen, im Arbeits- und Ehrenamtskontext diskriminierende, beleidigende oder demokratiefeindliche Aussagen, die unserem Leitbild widersprechen, aufzugreifen und zu kommentieren. Grundsätzlich gilt: jeder kleine oder große Widerspruch zeigt Haltung.

Handlungsempfehlung für Mitarbeitende und Helfende

Auch wenn es nicht immer leichtfällt, kann es lohnenswert sein, die Äußerungen des Gegenübers zu hinterfragen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Dafür kann eine Nachfrage der Einstieg sein: *„Dein Argument kann ich nicht ganz nachvollziehen, kannst du mir deine Sichtweise erklären?“*. Es kann einer Äußerung widersprochen werden (*„Da bin ich nicht deiner Meinung“*). Es kann auch helfen, die Aussage zu wiederholen (*„Du sagst also, dass...“*), um sie dann nach Möglichkeit sachlich einzuordnen. Manchmal passt ein solches Gespräch nicht zu der Situation, einem fehlen die Argumente oder der Mut. Dann ist es oft sinnvoll, im Nachhinein noch einmal das Gespräch zu suchen. Weiterführende Informationen zu Diskussionstechniken sowie Praxisbeispiele bietet die [Argumentationshilfe des Diakonischen Werks Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz](#). Wenn Sie Äußerungen oder Situationen im Arbeitskontext wahrnehmen, die gegen das Leitbild oder geltendes Recht verstoßen, ermutigen wir Sie, sich an Ihre Vorgesetzten oder die Mitarbeitendenvertretung zu wenden. In besonders gravierenden Fällen sollte die nächsthöhere Ebene angesprochen werden.

Handlungsempfehlung für haupt- und ehrenamtliche Führungskräfte

- Bei demokratiefeindlichen, diskriminierenden oder verletzenden Aussagen im Arbeitskontext ist grundsätzlich die [Dienstvereinbarung über die Verhinderung von Diskriminierungen und Mobbing und zur Förderung von Vielfalt am Arbeitsplatz](#) zu beachten.
- Es gibt Fälle, in denen arbeitsrechtliche Schritte notwendig sein können, etwa bei strafrechtlich relevanten Äußerungen (u.a. Beleidigung, Volksverhetzung, verbotene Symbole, Nötigung). Als Führungskraft prägen und bestärken Sie den respektvollen Umgang vor Ort und leben eine Kultur der Offenheit vor. Die Werte im Miteinander können sichtbar gemacht werden, indem z.B. das Leitbild der JUH sowie die Potsdamer bzw. Butzbacher Erklärung in der Dienststelle aufgehängt wird, oder Themen wie Diskriminierung bei den Helferabenden thematisiert werden.
- Es gibt bei den Johannitern eine Vielzahl von Projekten und Diensten, in denen Menschen mit Diskriminierungserfahrungen mitwirken oder unterstützt werden: Tauschen Sie sich mit den Kolleginnen und Kollegen über deren Arbeit und Erfahrungen aus.
- Vielerorts bestehen bereits Ansätze oder Projektideen zur Demokratieförderung vor Ort. Für Demokratieförderprojekte können staatliche Förderungen des Bundes beantragt werden. Für weitere Informationen: siehe Anhang.

„Die JUH und die GMAV verpflichten sich gemeinschaftlich, sexualisierte Gewalt, Mobbing und Diskriminierung jeglicher Art zu verhindern und zu unterbinden (...). Es besteht Einigkeit darin, dass soziales Fehlverhalten wie Mobbing, Diskriminierung, sexualisierte Gewalt und jegliche andere Form von Gewalt nicht toleriert wird.“

Dienstvereinbarung über die Verhinderung von Diskriminierungen und Mobbing und zur Förderung von Vielfalt am Arbeitsplatz (2023)

Handlungsempfehlungen für die politische Arbeit und Kommunikation

Die Frage des Umgangs mit demokratiefeindlichen Parteien und Organisationen stellt sich in der politischen Arbeit in besonderem Maße. Im Folgenden geben wir konkrete Handlungsempfehlungen für Situationen, die im Kontext der politischen Kommunikation auftreten können.

Politische Anfragen

Die JUH wird von einer demokratiefeindlichen Partei als Sachverständige zu einer Anhörung eingeladen.

Handlungsempfehlung: Die Einladung ist abzulehnen, da es sich in diesem Fall um eine parteinahe Zusammenarbeit handelt und somit die Gefahr der Instrumentalisierung besteht.

Der Vorsitzende eines Ausschusses gehört einer demokratiefeindlichen Partei an und lädt die JUH in den Ausschuss ein.

Handlungsempfehlung: Die Einladung kann unabhängig der Parteizugehörigkeit angenommen werden, da es sich bei Ausschüssen um fraktionsübergreifende Gremien handelt.

Die JUH wird von einer demokratiefeindlichen Partei angefragt, Informationen zu ihren Diensten bzw. politische Positionen preiszugeben.

Handlungsempfehlung: Eine Beantwortung solcher Anfragen kann zur Versachlichung der Debatte sinnvoll sein. Wir empfehlen, die Antwort an alle Parteien zu schicken, um für den gleichen Informationsstand zu sorgen. Eine ausführliche Hilfestellung des Landesverbandes Berlin/Brandenburg zum Umgang mit entsprechenden politischen Anfragen zu unseren Diensten gibt es [hier](#).

„Unterschiedliche politische Einstellungen und Kontroversen sind Teil einer lebendigen Demokratie. Angriffe auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung, den Rechtsstaat und die Menschenwürde – auch in verbaler Form – werden wir nicht hinnehmen. Wir verurteilen jede Form von Extremismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit!“

Gemeinsame Erklärung für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft (2024)

Unterwanderung von Einsatzorganisationen als rechte Strategie

Es ist eine Strategie der AfD, aber auch anderer rechter Organisationen und Parteien, gezielt Einsatzorganisationen wie die Feuerwehren und Hilfsorganisationen anzusprechen (z.B. durch Flyer) bzw. zu „unterwandern“, um Mitglieder und Einfluss zu gewinnen.

Handlungsempfehlung für Mitarbeitende und Führungskräfte

Eine Beobachtung von entsprechenden Aktivitäten extremistischer Gruppierungen vor Ort ist zwingend geboten. Im Zweifel sind geeignete Ansprechpersonen (Führungskräfte, politische Kommunikation) auf Landes- und Bundesebene hinzuziehen, um das weitere Vorgehen zu prüfen.

Veranstaltungen und Besuche

Die JUH organisiert eine öffentliche Veranstaltung, zu der auch Personen aus der Politik eingeladen werden.

Handlungsempfehlung: Es besteht keine Verpflichtung, alle politischen Parteien zu Veranstaltungen einzuladen. Bei eigenen Veranstaltungen steht es den Verbänden frei, selbst zu entscheiden, wer eingeladen wird. Von einer Einladung bzw. aktiven Ansprache demokratiefeindlicher Parteien ist grundsätzlich abzusehen. Bei Veranstaltungen in Parlamenten sind zusätzlich die Vorgaben zum Hausrecht mit der jeweiligen Veranstaltungsstätte zu klären. Wenn von einer Person eine destruktive Gesprächsstrategie (z.B. Bezugnahme auf Verschwörungstheorien, ständige

Themensprünge, gezieltes Ablenken vom Diskussionsthema) oder menschenverachtende Äußerungen zu erwarten sind, sollte diese nicht eingeladen werden. Sollte es dennoch zu entsprechenden Äußerungen kommen, sollte widersprochen und vom Hausrecht Gebrauch gemacht werden. Eine gute inhaltliche Vorbereitung und eine sachliche Moderation sind dabei zentral: Vorab sollte definiert werden, wann reagiert werden muss und bei welchen (potentiellen) Aussagen ein Gespräch abgebrochen wird. Im Vorfeld sollte eine Person bestimmt werden, die für einen solchen Abbruch die Verantwortung übernimmt, z.B. ein Vorstandsmitglied.

Die JUH präsentiert ihre Angebote bei einer öffentlichen Veranstaltung, zu der sich auch Teilnehmende aus einer demokratiefeindlichen Partei anmelden.

Handlungsempfehlung: Bei der Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung, z.B. einer Messe, ist es grundsätzlich sinnvoll, die Mitarbeitenden am Stand auf mögliche schwierige Gesprächssituationen vorzubereiten und dabei das jeweilige Fachthema im Blick zu haben. Vorab sollte zudem eine Ansprechperson festgelegt werden, auf die in einem solchen Gespräch verwiesen werden kann, z.B. die Kommunikationsabteilung des jeweiligen Verbandes.

Eine Politikerin einer demokratiefeindlichen Partei möchte eine Einrichtung der JUH besuchen.

Handlungsempfehlung: Hier ist grundsätzlich zwischen einer Mandatsträgerin (Abgeordnete) und einem Amtsträger (z.B. Bürgermeister/Landrat) zu unterscheiden. Bei Besuchsfragen von Abgeordneten sollte der Nutzen für die JUH bewertet werden: Abgeordnete nehmen solche Besuche in erster Linie wahr, um Öffentlichkeit für sich und ihre Politik zu generieren. Es sollte dabei kritisch hinterfragt werden, wie zweckdienlich ein Besuch und die dadurch entstehende Berichterstattung für die JUH sind. Dabei ist relevant, ob demokratiefeindliche bzw. extremistische Aussagen der Einzelperson, Organisation oder Partei bekannt sind. Sollte ein Besuch als nicht hilfreich oder gar kritisch gesehen werden, sollte von einer Zusage abgesehen werden. Die Absage kann mit Bezug auf unser Leitbild bzw. die Potsdamer Erklärung erfolgen.

Handelt es sich bei der Person um eine Amtsträgerin, kann der Konflikt zwischen klarer Abgrenzung und pragmatischem Handeln besonders zum Vorschein treten. Als Vertragspartner bzw. Erbringer von Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist der Austausch mit dem Auftraggeber oft wichtig. Es sollte auch in diesem Fall eingehend geprüft werden, ob der Besuch für die JUH bzw. für die jeweilige Einrichtung sinnvoll und zielführend ist. Sollte der Besuch aus Sicht der Verantwortlichen unumgänglich sein, sollte der Besuch eng begleitet werden, um bei Äußerungen, die unserem Leitbild widersprechen, eingreifen zu können. Dabei können die Werte der JUH vorab kommuniziert und/oder im Raum sichtbar gemacht werden (z.B. durch Aufhängen des Leitbilds, der Potsdamer Erklärung, der JUH-Regenbogenflagge, ...). Zudem kann vom Hausrecht Gebrauch gemacht werden, indem etwa die Aufnahme von Fotos und Videos untersagt wird. (Das Fotografieren von außen ist ohne vorherige Genehmigung erlaubt, sofern die Aufnahme von öffentlich zugänglichen Bereichen gemacht wird.)

Ansprechpersonen für politische Kommunikation

Schritt 1: Um politische Fragen und Unklarheiten zu klären, ist es zunächst sinnvoll, das Gespräch mit einer vorgesetzten Person zu suchen.

Schritt 2: Darüber hinaus sind die Pressesprecher und Pressesprecherinnen geeignete Ansprechpersonen. In einigen Landesverbänden gibt es zudem Mitarbeitende, die gesondert für die politische Kommunikation zuständig sind. Die Stabsstelle Politik in der Bundesgeschäftsstelle ist ebenfalls ansprechbar.

Kontakt Stabsstelle Politik:

politik@johanniter.de

Musterantwort auf eine Besuchsanfrage

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben das Interesse geäußert, unsere Einrichtung X zu besuchen. Um mehr über die Einrichtung zu erfahren, können Sie sich gerne auf unserer Internetseite informieren (*entsprechenden Link einfügen*). Sollten Sie weitere, konkrete Fragen haben, können Sie uns diese schriftlich zukommen lassen. Einen Besuch unserer Einrichtungen durch Mitglieder Ihrer Fraktion/Partei/Organisation halten wir indes nicht für angezeigt. Dies ist nicht zuletzt in den Äußerungen Ihrer Fraktion/Partei/Organisation zum Thema X begründet. Diese stehen im Widerspruch zu unseren Werten und unserem Leitbild. Unsere Hilfe richten wir an alle kranken, schwachen und hilfebedürftigen Menschen, gleich welcher Religion, Nationalität, Kultur, sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. Für uns Johanniter ist es oberstes Gebot, die unantastbare Würde eines jeden Einzelnen zu wahren. Bei den Johannitern ist kein Raum für extremistische, populistische oder in sonstiger Weise ausgrenzende Positionen. Unsere grundsätzliche Dialogbereitschaft ist davon nicht berührt. Wir werden allerdings allen Positionen deutlich widersprechen, die im Gegensatz zu unserem christlichen Menschenbild und unserem demokratischen Werteverständnis stehen (*Link auf Leitbild / Potsdamer Erklärung einfügen*).

Wahlprüfsteine

Vor einer Wahl sollen intern die Programme der Parteien in Bezug auf unsere Dienste vorgestellt werden: Sollen die Positionen aller größeren Parteien abgebildet werden?

Handlungsempfehlung: Die Entscheidung, welche Parteiprogramme mit „Wahlprüfsteinen“ vorgestellt werden, obliegt aufgrund der landes- bzw. regionalpolitischen Hoheit dem jeweiligen Vorstand. Demokratie lebt von der politischen Teilhabe: die JUH sollte dazu aufrufen, zur Wahl zu gehen, ohne dabei Einfluss auf die Wahlentscheidung der Mitarbeitenden zu nehmen. Im Sinne der Meinungsbildung kann es sinnvoll sein, einen Überblick über die Positionen aller großen Parteien zu den Themen der JUH zu geben. Auch dabei kann auf die Potsdamer Erklärung und das Leitbild der JUH verwiesen werden.

Beteiligung an Demonstrationen und Bündnissen für Vielfalt und Demokratie

Können wir uns an Demonstrationen und Bündnissen für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft beteiligen?

Handlungsempfehlung: Die Beteiligung an Demonstrationen und Bündnissen für Vielfalt und Demokratie ist grundsätzlich möglich. Für unsere Demokratie und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist es von großer Bedeutung, dass zivilgesellschaftliche Akteure wie die JUH gemeinsam für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft eintreten. Allerdings müssen hierbei die Vorgaben des Gemeinnützigkeitsrechts strikt beachtet werden, um die Gemeinnützigkeit der JUH nicht zu gefährden:

- Das im Gemeinnützigkeitsrecht verankerte parteipolitische Neutralitätsgebot ist zwingend einzuhalten. Gemeinnützige Organisationen dürfen sich nicht parteipolitisch betätigen, sie müssen parteipolitisch neutral bleiben. Sie dürfen weder einseitig für noch gegen eine bestimmte politische Partei (oder deren Spitzenpersonal) Stellung beziehen, z.B. durch Wahlaufrufe oder -empfehlungen. Bei Stellungnahmen oder Äußerungen zu einzelnen Parteien ist daher besondere Zurückhaltung geboten.
- Die parteipolitische Neutralität ist aber nicht mit einer politischen Neutralität gleichzusetzen. Die inhaltliche Auseinandersetzung und Äußerung zu Positionen von Parteien sind zulässig, sofern diese in unmittelbarem Zusammenhang mit den satzungsmäßigen Aufgaben der gemeinnützigen Organisation stehen und der Verwirklichung ihres Satzungszwecks dienen. Innerhalb dieses Rahmens dürfen sich gemeinnützige Organisationen zu einem bestimmten politischen Ziel bekennen, politische Forderungen stellen, Demonstrationen organisieren oder Kritik an politischen Vorhaben oder dem Abstimmungsverhalten einer Partei üben. Wann die Schwelle von zulässiger politischer zu unzulässiger parteipolitischer Betätigung überschritten

wird, lässt sich pauschal schwer beantworten und ist im Einzelfall zu bewerten. Hilfreiche Informationen dazu finden sich in der [internen Handreichung der Diakonie](#).

Vielfach stehen Bündnisse der Zivilgesellschaft bzw. Aufrufe zu Demonstrationen in lokalen Kontexten, auf die nur regional und situationsabhängig reagiert werden kann. Daher sollte im Vorfeld geprüft werden, wer der Initiator der Demonstration bzw. eines Bündnisses ist und welche weiteren Organisationen sich beteiligen. Auch das Wording des Aufrufes sollte auf seine Angemessenheit hin bewertet werden. Die Entscheidung, ob die JUH sich vor Ort beteiligt und wenn ja wie sichtbar (z.B. Teilnahme an einer Demonstration für Vielfalt und Demokratie in Einsatzkleidung, Mitzeichnung eines Aufrufs), obliegt der jeweiligen Vorstandsebene. Auch hier können die Potsdamer Erklärung, die gemeinsame Erklärung der Hilfsorganisationen und das Leitbild der JUH als Orientierung dienen.

Sanitätsdienste

Übernimmt die JUH die sanitätsdienstliche Absicherung für Veranstaltungen demokratiefeindlicher Parteien?

Handlungsempfehlung: Grundsätzlich gilt auch hier: Wir helfen allen Menschen in Notsituationen. Veranstaltungen demokratiefeindlicher Parteien dienen in erster Linie dem Parteizweck und stellen eine gewisse Öffentlichkeit dar, die wir nicht unterstützen möchten. Sofern keine vertraglichen Verpflichtungen bestehen, sollte von einer sanitätsdienstlichen Absicherung abgesehen werden. Eine Absage durch den jeweiligen Regionalvorstand ist dabei empfehlenswert, um die Haltung der JUH gegenüber kommunalen Parteiführungen zu verdeutlichen. Sollte eine Absage aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen unmöglich sein, empfehlen wir, die Einnahmen zu spenden, z.B. an ein Projekt, das sich für Vielfalt in unserer Gesellschaft engagiert.

Erste-Hilfe-Kurse

Gibt die JUH einen Erste-Hilfe-Kurs für demokratiefeindliche Fraktionen z.B. in Kommunalparlamenten?

Handlungsempfehlung: Erste Hilfe kann im Notfall Leben retten und ist die Pflicht eines jeden. Unser Auftrag ist, Menschen zu befähigen, anderen Menschen in Notsituationen zu helfen. Im Sinne dieses Bildungsauftrags bieten wir grundsätzlich Erste-Hilfe-Kurse für alle an – gleich welcher politischen Überzeugung. Wird ein Erste-Hilfe-Kurs für eine demokratiefeindliche Fraktion durchgeführt, kann ein Vorgespräch mit den kursleitenden Mitarbeitenden über den Umgang mit demokratiefeindlichen Äußerungen sinnvoll sein. Entsprechende Hinweise finden sich in dieser Handreichung und in den Quellen im Anhang. Sollten öffentliche Reaktionen folgen, sollte auf den Bildungsauftrag und die hohe gesellschaftliche Relevanz von Erste-Hilfe-Wissen sowie unser Leitbild und die Potsdamer Erklärung verwiesen werden.

Spenden

Wie kann mit einer Spende einer demokratiefeindlichen Partei umgegangen werden?

Handlungsempfehlung: Es besteht keine Verpflichtung, Spenden anzunehmen. Die JUH lehnt grundsätzlich Spenden der Partei AfD ab. Ist eine andere demokratiefeindliche Organisation als Spenderin erkennbar, wird empfohlen, die Spende abzulehnen bzw. zurückzugeben. Wenn ein Besuch einer solchen Organisation für eine Spendenübergabe angefragt wird, sollte dieser abgelehnt werden. Unangekündigte Besuche für eine Spendenübergabe können mit Verweis auf das Hausrecht untersagt werden. Bei Spenden von Privatpersonen kann nicht immer zurückverfolgt werden, ob diese aus dem Umfeld demokratiefeindlicher Organisationen oder Parteien kommen. Ist eine solche Mitgliedschaft der Einzelperson jedoch festgestellt, sollte die Spende nicht angenommen werden. Bei Vorankündigung einer Spende einer nicht klar zu verorteten

spendenden Person empfiehlt es sich, vor Zusage der Spendenannahme mit den Fachkolleginnen und -kollegen für Fundraising und/oder Marketing und Kommunikation im jeweiligen Verband in den Austausch zu gehen.

Fördermitglieder

Wie gehen wir mit demokratiefeindlichen Äußerungen von (Förder-)Mitgliedern um?

Handlungsempfehlung: Immer häufiger erreichen uns Anfragen von (Förder-)Mitgliedern, die sich kritisch gegen unsere Haltung gegenüber demokratiefeindlichen Positionen äußern. Dies steht grundsätzlich im Sinne der Meinungsfreiheit jedem zu. Jedoch müssen solche Äußerungen nicht unkommentiert stehen gelassen werden. Insbesondere auf Schreiben hierzu wird empfohlen, mit Verweis auf unser Leitbild und die Potsdamer Erklärung die Haltung der JUH zu unterstreichen.

Musterschreiben zu kritischen Nachfragen zur politischen Positionierung der JUH insbesondere aus dem Fördermitgliedsbereich

Sehr geehrter Herr/Frau...,

als Johanniter richten wir unsere Hilfe an jeden Menschen, gleich welcher Herkunft, Religion oder politischen Überzeugung. Wir sind als Organisation grundsätzlich unparteiisch. Unterschiedliche politische Überzeugungen sind Teil einer Demokratie und finden sich selbstverständlich auch innerhalb der Johanniter-Unfall-Hilfe wieder. Gleichzeitig verurteilen wir als christliche Hilfsorganisation jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus. So steht es in unserem Leitbild und der Potsdamer Erklärung: Es ist im Sinne unseres sozialen Auftrags sowie einer offenen und vielfältigen Johanniter-Gemeinschaft, unsere geteilten Werte immer wieder klar zu betonen und in den Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen. Wir sprechen uns daher auch klar gegen Haltungen, Positionen und Aussagen aus, die für uns diametral zu unserem Leitbild stehen und ein Menschen- und Weltbild vermitteln, das wir als Hilfsorganisation nicht mittragen. ([Link auf Leitbild / Potsdamer Erklärung einfügen](#)).

Social Media

Wie gehen wir mit demokratiefeindlichen Kommentaren auf unseren Social-Media-Kanälen um?

Handlungsempfehlung: Auch unsere Social-Media-Kommunikation nutzen wir, um uns klar und deutlich zu positionieren. Dass demokratiefeindliche oder diskriminierende Aussagen nicht mit unseren Werten vereinbar sind, ist dabei der Grundtenor einer jeden Antwort. Ob überhaupt geantwortet wird, richtet sich nach der Sachlichkeit und Menschlichkeit des Kommentars. Ist dieser sachlich und ruhig/besorgt, lässt sich gut mit Verweis auf unsere Werte antworten. Ist der Kommentar angreifend, degradierend gegenüber einer Menschengruppe oder ausfällig, blockieren wir diese Person und löschen den Kommentar. Besonderer Schutz durch eine schnelle Löschung ist vonnöten, wenn sich angreifende Kommentare gegen Mitarbeitende richten (Gesicht einer Kampagne oder eines Posts). Wenn Mitarbeitende der JUH demokratiefeindlichen Content posten, kann ein entsprechender Hinweis per Mail an feedback@johanniter.de gesendet werden. Den grundsätzlichen Umgang mit Kritik und Hass auf Social Media findet sich im [Social-Media-Handbuch](#). Ein [Community-Management-Prozess](#) zu negativen Kommentaren ist ebenfalls auf ConSense zu finden.

Was kann die JUH-Community tun, um zu einem diskriminierungsfreien und respektvollen Miteinander im Netz beizutragen?

Handlungsempfehlung: Maßnahmen der verschiedenen Plattformen, Desinformation, Hass und Hetze auf ihren Kanälen einzudämmen, sind teils stark zurückgegangen. Umso wichtiger ist daher der Widerspruch aus der Community, unabhängig von der Frage, ob dadurch die Reichweite des Beitrags weiter erhöht wird. Wir erachten es als große Bereicherung, wenn Mitarbeitende sich öffentlich für Vielfalt und Demokratie einsetzen und es ihnen ein Anliegen ist, dass unser

Leitbild von allen Johannitern geachtet und gelebt wird. Dabei bietet es sich z.B. an, auf die Potsdamer Erklärung hinzuweisen oder das Gesagte sachlich einzuordnen.

Textbausteine für die Kommunikation auf Social Media

"**Demokratie** und **Rechtsstaatlichkeit** sind die Grundlage unserer Arbeit und die Basis für ein vielfältiges und **respektvolles Miteinander**"
#AusLiebeZumLeben

"Wir Johanniter stehen ein für **Menschenwürde** und **Zusammenhalt**.
Ausgrenzende Positionen stehen im Widerspruch zu unserem **Leitbild**.
#AusLiebeZumLeben"

"Wir stehen ein für **Miteinander** statt Gegeneinander, **Nächstenliebe** statt Egoismus, **Vielfalt** statt Einfalt, **Toleranz** statt Intoleranz und **Integration** statt Ausgrenzung."
#AusLiebeZumLeben

„Als gemeinnützige Organisation sind wir zu politischer Neutralität verpflichtet. Aber **Nächstenliebe** steht in unserem Leitbild und **Menschenrechte** sind unverhandelbar.“
#AusLiebeZumLeben

„Menschenfeindlichkeit verträgt sich nicht mit **Nächstenliebe**.
Wir treten jeder Form von Diskriminierung und extremistischen Positionen entgegen.
#AusLiebeZumLeben"

Empfehlungen zum Weiterlesen

Johanniter-Unfall-Hilfe

- [Leitbild der Johanniter-Unfall-Hilfe](#)
- [Butzbacher Erklärung](#) (2016)
- [Zielsetzung 2027](#) (2020)
- [Dienstvereinbarung über die Verhinderung von Diskriminierungen und Mobbing und zur Förderung von Vielfalt am Arbeitsplatz](#) (2023)
- [Potsdamer Erklärung gegen Rechtsextremismus](#) (2024)
- [Positionierung der Johanniter-Jugend gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit](#) (2024)
- [Gemeinsame Erklärung für Demokratie und Vielfalt](#) (2024)
- [Erklärung „Mutig – stark – beherzt für Demokratie“ zum Deutschen Evangelischen Kirchentag](#) (2025)

Diakonie Deutschland

- [Grundsätze und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD und anderen rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Organisationen](#). Handreichung der Diakonie Mitteldeutschland (2023)
- [Zusammen streiten. Miteinander reden. Haltung zeigen](#). Argumentationshilfe des Diakonischen Werks Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (2024)
- [Was wäre, wenn...? Sozialpolitik: Positionen der AfD und der Diakonie im Vergleich](#). Broschüre der Diakonie Mitteldeutschland (2024)
- [Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus](#). Handreichung der Diakonie Deutschland, 4. aktualisierte Auflage (2024)
- [Haltung der Diakonie Deutschland zum Umgang mit der AfD und anderen rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen und Parteien](#). Interne Handlungsempfehlung (2025)
- [Gemeinsam für Demokratie! In Diakonie und Kirche](#). Demokratieprojekte der Diakonie Deutschland

Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege

- [Für sozialen Zusammenhalt und Demokratie](#). Impulse der BAGFW zur Bundestagswahl (2025)

Bundeszentrale für politische Bildung

- [Dossier Rechtsextremismus](#)

Bundesregierung

- [Antidiskriminierungsstelle des Bundes](#)

Demokratieförderprogramme des Bundes

Bundesprogramm [Zusammenhalt durch Teilhabe](#). Förderprogramm der Bundeszentrale für politische Bildung und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat für demokratisches Handeln und gegen Extremismus. Bereits geförderte Projekte bei der JUH:

- [Land im Dialog – Demokratie leben, Zukunft gestalten](#), LV Berlin/Brandenburg
- [mitWirkung!](#), LV Niedersachsen/Bremen

Bundesprogramm [Demokratie Leben](#). Förderprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für Demokratie, Vielfalt und gegen jede Form von Extremismus

- [Partnerschaft für Demokratie Storkow \(Mark\) und Amt Scharmützelsee](#), RV Oderland-Spree

Quellen

Amadeu Antonio Stiftung (2023). *Verfassungsfeindlichkeit: Was ist demokratiefeindlich an der AfD?* Online verfügbar: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/verfassungsfeindlichkeit-was-ist-demokratiefeindlich-an-der-afd-95277/>

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2024). *Über Diskriminierung*. Online verfügbar: <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ueber-diskriminierung/ueber-diskriminierung-node.html>

Bundesamt für Verfassungsschutz (2022). *Verfassungsschutzbericht 2022*. Online verfügbar: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Bundesamt für Verfassungsschutz (2024a). *Artikel: Rechtsextremismus*. Online verfügbar: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/extremismus/rechtsextremismus/rechtsextremismus-node.html;jsessionid=3822FE0671EC9C603E67D97DC5C38933.live892>

Bundesamt für Verfassungsschutz (2024b). *Glossar: Verfassungsfeindlich*. Online verfügbar: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glosaareintraege/DE/V/verfassungsfeindlich.html>

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023a). *Extremismus*. Online verfügbar: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/extremismus/extremismus-node.html>

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023b). *Rechtsextremismus*. Online verfügbar: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/extremismus/rechtsextremismus/rechtsextremismus-node.html>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o.D.). *Über "Demokratie leben!"*. Online verfügbar: <https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben>

Bundesverwaltungsgericht (2025). Pressemitteilung Nr. 54/2025 zur Einstufung der AfD als „extremistischer Verdachtsfall“. Online verfügbar: <https://www.bverwg.de/pm/2025/54>

Bundeszentrale für politische Bildung (2015). *Rechtsextremismus: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*. Artikel von Beate Küpper und Andreas Zick. Online verfügbar: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit/>

Bundeszentrale für politische Bildung (o.D.). *Handwörterbuch des politischen Systems: Populismus*. Artikel von Frank Decker. Online verfügbar: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/511476/populismus/>

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (o.D.). *Was ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)?* Online verfügbar: <https://www.demokratie-bw.de/gmf#c56640>

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2023). *Populismus und Demokratie. Was ist Populismus und passt er in eine Demokratie?* Online verfügbar: <https://www.lpb-bw.de/populismus#c69664>



JOHANNITER

Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Stabsstelle Politik
politik@johanniter.de
Telefon 030 26997-337

Stand: Januar 2026